

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Straftat kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 9a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 320 A

BERLIN • Sonnabend den 11. Februar 1933

2. JAHRGANG

Vorwärts, marsch, marsch!

Zum Kampf für die Einheitsfront.

Das moralische Problem.

Von Gustav Heckmann.

Noch im Sommer 1930 herrschte in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft in Deutschland über die Nazis die Meinung vor: „Die laufen sich von selber tot.“ Es folgten die September-Wahlen mit Hitlers ungeheurer Aufschwung.

Einige Wochen vor Mussolinis Machtergreifung hat Bordiga, der damalige Führer der italienischen Kommunisten,

sich in einem Gespräch mit einem linken Schriftsteller (Lania) folgendermaßen geäußert:

„Die Klassengegensätze verschärfen sich von Tag zu Tag. Die Massen erkennen immer klarer die Nutzlosigkeit des Parlamentarismus. Die Demokratie ist bankrott. Die Gewalttaten der Faschisten lehren die Arbeiter, daß sie der Gewalt nur mit Gewalt begegnen und sich bewaffnen müssen. Die Massen, des Zauderns und Lavierens müde, kehren den sozialistischen Organisationen und Gewerkschaften den Rücken. Wir stehen vor der Revolution. Mussolini? Ein Narr und ein Feigling. Die Massen, die an mit demagogischen Losungen zu ködern sucht, werden bald erkennen, daß dieser „Revolutionär“ nur ein Lakai der Industrie und der Banken ist, und ihm davonlaufen. Kann, wird Mussolini je seine Forderungen ernstlich zu verwirklichen suchen? Na also! Dann ist auch der Augenblick gekommen, wo ihn die Massen als plumpen Schwindler entlarven und mit dem Faschismus aufräumen werden. An unserem Siege ist nicht zu zweifeln.“

Wenige Wochen später begann die etwa zwoifährige Periode der Vernichtung der italienischen Arbeiterbewegung durch den Faschismus.

Einem Tag nach Hitlers Regierungsantritt verkündete der Moskauer Gewerkschaftssender:

die Ereignisse des 30. Januar (Hitlers Ernennung) werden

die Einheitsfront der deutschen Arbeiterschaft schaffen. Wie reagierte die KPD auf diese Ereignisse?

Noch am 29. Januar hatte sie in den Spalten der „Roten Fahne“ ihre als „Einheitsfront-Angebote“ maskierten Partei-Werbeaufträge bloß an die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter und unteren Organisationen gerichtet. Unter dem unmittelbaren Eindruck des 30. Januar aber richtete die KPD einen offenen Aufruf zum gemeinsamen Kampf an den ADGB, den AFA-Bund und die SPD, also an die Organisationen als Ganzes; der Aufruf enthielt sich des noch am Tage vorher in der „Roten Fahne“ betriebenen Schimpfens auf die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Führer. Bereits die folgenden Nummern der „Roten Fahne“ zeigten jedoch, daß dieser vernünftige Aufruf ein Produkt eher der Angst als der Vernunft gewesen war: das Schimpfen gegen SP- und Gewerkschaftsführer wurde nicht nur in alter Stärke wieder aufgenommen, sondern in dreispaltigen Schlagzeilen durch glatte Lügen verschärft. (Beispiel: die Schlagzeilen zu den Berichten über die Reichsratsitzungen vom 31. Januar und 2. Februar.) Die kommunistischen Führer hatten sich verhalten wie Kinder, die, mit Prügel bedroht, für kurze Zeit die Artigen spielen.

Trotz solcher Erfahrungen hören wir immer wieder von Genossen, die wir bewegen wollen, sich in ihren Organisationen für eine zentrale Organisation der Einheitsfront einzusetzen, für Kampf-Vereinbarungen zwischen den zentralen Partei- und Gewerkschaftsleitungen, das alte Lied. Wir hören es besonders von kommunistischen Genossen: je mehr sich der Druck des Faschismus verschärft, desto mehr würden die Massen revolutioniert. „Wir stehen vor der Revolution. An unserem Siege ist nicht zu zweifeln.“

Vorzweifelt fragen wir uns oft, welche Argumente wir zur Ueberzeugung solcher Genossen noch aufbieten sollen. Wir können ihnen zeigen, daß der Klassengegner seine Angriffskräfte unvergleichlich rascher entfaltet hat als die Arbeiterschaft ihre Abwehrkräfte. Wir können dazu auf folgende Tatsachen hinweisen:

Am 20. Juli 1932 rief die Kommunistische Partei zum Generalstreik auf; der Erfolg dieser Parole — gemessen an einer Aktion im Reichsmaßstab — war praktisch Null. Am 30. Januar 1933 rief die Kommunistische Partei zum Generalstreik auf; der Erfolg war nicht merklich anders. Während

Gewerkschaften organisieren Einheitsaktion.

F. K. Dem dringenden Ersuchen einer Reihe von Arbeiterorganisationen, darunter ISK und Arbeiter-Turn- u. Sportbund, und einer Reihe von Fachverbänden der freien Gewerkschaften (z. B. Eisenbahner, Buchdrucker, Bauarbeiter) entsprechend, hatte der Ortsausschuß des ADGB Göttingen auf Mittwochabend eine Kartellsitzung einberufen zwecks Stellungnahme zur politischen Lage und zu eventuellen Aktionen.

Die Sitzung war gut besucht und nahm einen überaus erfreulichen Verlauf. Vom Kartellvorstand wurde für Mittwoch, den 15. Februar, eine Demonstration vorgeschlagen, zu deren Teilnahme durch das Gewerkschaftskartell Göttingen aufgerufen werden soll. Dieser Vorschlag fand begeisterte Zustimmung. Vor allem wurde Einmütigkeit darin erzielt, daß nur das Gewerkschaftskartell zu dieser Demonstration aufruft und daß diese Demonstration mit keinerlei Parteipropaganda verbunden werden darf, um den einheitlichen und geschlossenen Charakter dieser ganzen Aktion zu gewährleisten. Durch Handzettel und Bekanntgabe in der Presse wird also das Gewerkschaftskartell Göttingen die gesamte Göttinger Arbeiterschaft zur Teilnahme an dieser Demonstration aufrufen. Beteiligung jedes Einzelnen und Werbung für die Teilnahme unter Kollegen und Freunden wird hiermit zum Gebot der Stunde, damit ein wirklich mächtiger Aufmarsch der gesamten Göttinger Arbeiterschaft für die heute immer mehr mit Füßen getretenen Rechte der Gesamtarbeiterschaft zustande kommt.

Bausteine zur Einheitsfront.

Am Freitag der vergangenen Woche machte die Kasseler SA und SS einen Propagandamarsch nach den Vororten Nieder- und Oberzwehren. Bei dieser Gelegenheit kam es zu verschiedenen Zusammenstößen mit linken Arbeitern; mehrere Verletzte auf beiden Seiten waren das Resultat.

Einige Tage darauf veranstaltete die „Eiserne Front“ eine Gegenkundgebung, die eine außerordentlich viel stärkere Beteiligung aufwies als der Nazimarsch. Eine derartig gut gelungene Demonstration hatten die Bewohner dieser Orte bisher noch nicht gesehen. Ein freudiges Leuchten lief über viele Arbeitergesichter, und mit besonderer Anerkennung wurde von vielen Zugteilnehmern ein an einem Haus angebrachtes Transparent, das zur Einheit auffordert, begrüßt.

Auf dem Dorfplatz in Oberzwehren fand der Abschluß der Kundgebung statt, bei dem ein SPD-Genosse die Rede hielt. Er forderte „die Freunde von der linken Fakultät“, die kommunistischen Genossen, auf, jetzt mit den sozialdemokratischen Arbeitern zusammenzuhalten. „Wir dürfen jetzt nicht mehr zurückblicken, sondern wir müssen auf das sehen, was vor uns liegt.“ Der Zusammenschluß aller Sozialisten sei notwendig.

denn das Ziel aller Sozialisten sei und bleibe der Sozialismus.

Zur Wahl sagte der Redner nichts, was den Einheitswillen der Arbeiterschaft hätte stören können. Nach dem gemeinsamen Gesang des Liedes „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ erwiderten die kommunistischen Genossen die Freiheitsrufe der „Eisernen Front“ mit ihrem „Rot-Front“-Gruß.

Das eigentliche Problem.

Die österreichische SP zum deutschen Faschismus.

S. S. (Wien). Mit großer Besorgnis verfolgt die österreichische Sozialdemokratie die gefährliche Lage des deutschen Proletariats. Massenversammlungen und große Demonstrationen sollen der Kampfbereitschaft des österreichischen Proletariats

des vergangenen halben Jahres also kein merklicher Erfolg in bezug auf Bereitschaft der Arbeitermassen, den revolutionären Parolen der KPD mit der Tat Gefolgschaft zu leisten. Auch im sozialdemokratischen Lager ist während dieses halben Jahres kein wesentlicher Fortschritt an Kampf-Aktivität in Erscheinung getreten.

Im Lager des Klassengegners hingegen während desselben halben Jahres wesentliche Fortschritte des Zusammenschlusses zum Klassenkampf:

1. Während im Juli Papens „hauchdünne Schicht“ regierte, ist jetzt der Block Hugenberg-Hitler gebildet.
2. Schleichers Experiment, mit dem Schein liberaler Methoden zu regieren, Brücken zu schlagen zur christlichen

AUS DEM INHALT:

Wir organisieren die Einheitsfront!
Riesendemonstration in London.
Zwei Pläne — mindestens einer zuviel.
Die Verstaatlichung der Großbanken.
Unter Polizeiwilkkür.
Offener Kampf in Genf.

Ein leider heute noch seltener Fall, diese Einmütigkeit mit führenden Gewerkschaftskollegen darüber, daß in dieser politischen Situation unbedingt breite Einheitsfrontaktionen zustande kommen müssen und daß die Gewerkschaften dazu berufen sind, hier die Initiative zu ergreifen. Worauf es ankommt — um das hier noch einmal wieder zu sagen —, das ist, nichts unversucht zu lassen, daß diese „seltenen Fälle“ zu den Normalfällen werden. Dafür kann jeder etwas tun, zum Beispiel auch wieder dadurch, daß er in seiner Umgebung auf diese für Göttingen beschlossene Einheitsdemonstration hinweist und alle Hebel in Bewegung setzt, daß man sich unversäglich an seinem Ort an diesem Fall Göttingen ein Beispiel nimmt.

Ausdruck geben. Auch Otto Bauer, der bedeutende Theoretiker und Praktiker der SPOe, einer der einflußreichsten Männer der Partei, sprach in diesen Tagen zur Arbeiterschaft Wiens.

In überfüllten Versammlungen schilderte Bauer, was dem deutschen Proletariat von der neuen Regierung droht; er legte dar, wieviel auch für das österreichische Proletariat, das nun ringsherum von faschistischen Regierungen umzingelt ist, vom Schicksal des deutschen Proletariats abhängt. Er rief der österreichischen Arbeiterschaft zu, daß es jetzt vor allem gilt,

mit aller Kraft gegen den Faschismus im eigenen Lande zu kämpfen, damit Oesterreich von dieser Pest verschont bleibt und den deutschen Genossen als Zufluchtstätte dienen kann, von der aus sie ihre Arbeit fortsetzen können.

Bauer gab auch seinem unerschütterlichen Glauben an die deutsche Arbeiterschaft Ausdruck, die jetzt wohl durch Arbeitslosigkeit und — hier senkte der Redner seine Stimme — die unselbige Spaltung geschwächt ist, die aber doch auch mit dieser reaktionären Regierung fertig werden wird. Leider hat Otto Bauer es unterlassen, hier entscheidende Worte zu sprechen. Warum drückt er sich um das Problem der Spaltung innerhalb der Arbeiterschaft herum? Warum läßt er es bei den Worten bewenden, daß das österreichische Proletariat einig ist — wobei er die allerdings im Vergleich zur großen SPOe sehr geringe KPOe mit Stillschweigen übergeht — und daß die Spaltung des deutschen Proletariats diesem sehr unheilvoll und gefährlich ist?

Die österreichische Sozialdemokratie soll endlich einmal ihre Mission erkennen, dem Weltproletariat das Beispiel einer proletarischen Einheitsfront zu geben. Denn gerade wenn sie ihrer Stellung im linken Lager Oesterreichs so sicher ist, müßte es ihr ein Leichtes sein, den Kommunisten Oesterreichs die Hand zu einer ehrlichen Verständigung und Einheitsfront zu reichen.

Und wenn dieses Beispiel bei den deutschen Genossen Nachahmung finden würde, so könnte im Kampf gegen den Faschismus Gewaltiges geleistet werden!

Arbeiterschaft, ja, zu den Freien Gewerkschaften, dieses optimistische Experiment ist mißlungen; die Reaktion ist damit um so schärfer zum brutalen Kampf gedrängt.

Der Tempo-Unterschied in der Entfaltung der Kampfkräfte in den beiden Klassenlagern zeigt eindringlich:

es darf mit der Organisation der Einheitsfront nicht in dem Schnecken-tempo weitergehen, wie bisher; es darf nicht länger auf der Stelle getreten werden — wenn nicht die deutsche Arbeiterschaft den Weg der italienischen gehen soll.

Derartige Appelle an die Bereitschaft, aus Erfahrungen zu lernen, machen auf viele Genossen Eindruck. Auf andere aber — und nicht wenige! — macht ein solcher Appell keinen

Eindruck. Indem sie immer neue Ausflüchte heranziehen, bis zu so blödsinnigen wie der, daß Deutschland nicht Italien und daß die deutsche Arbeiterschaft intelligenter (!) sei als die italienische — indem Genossen zu solchen Ausflüchten greifen, zeigen sie, daß sie sich dem Lernen aus Erfahrungen verschließen. Sie wollen den Wahn, daß schließlich doch ein naturnotwendiger Prozeß („die Ereignisse“; die „Verschärfung der Klassengegensätze“ u. s. w.) das drohende Unheil der faschistischen Vernichtung abwenden werde, nicht preisgeben.

Hier, auf dem Gebiet des Willens und der moralischen Bereitschaft, nicht auf dem der Einsicht, liegen die ernstesten Hindernisse, die der Verwirklichung der Einheitsfront entgegenstehen.

Man muß diese willensmäßigen und moralischen Hindernisse erst einmal ehrlich sehen, um sie bei Seite schieben zu können. Der russische Dichter Dostojewski, der mit dem Licht der Ehrlichkeit tief in die Menschennatur hineingeleuchtet hat, hat die Hindernisse, um die es sich hier handelt, mit folgender Geschichte beleuchtet: Ein junger Mann, der das Zeug zum Revolutionär in sich trägt, peinigt ein frommes, von Armut und Unglück bis zur Prostitution erniedrigtes Mädchen mit Fragen: was weiter werden sollte; mit ihren kleinen Schwestern werde es gewiß ebenso gehen wie mit ihr. Ihre Antwort: „Ach, sagen Sie doch so etwas Schreckliches nicht! Gott wird es nicht zulassen!“

Das Schreckliche nicht nüchtern ins Auge fassen, kaum einen schüchternen Blick auf die Tatsachen werfen; statt dessen sich an den Gedanken klammern: Gott („die Ereignisse u. s. w.“) wird es nicht zulassen — das ist die Haltung Tausender von Genossen gegenüber der drohenden faschistischen Vernichtung.

Dieser Wahn beruht auf einer verborgenen und deswegen um so gefährlicheren Schwäche: der Furcht davor, die Verantwortung für sein Handeln selber zu übernehmen. Kirchen- und Untertanen-Erziehung haben diese moralische Furcht ge-

nährt, und sie wird noch widerstandsloser geschluckt, wenn sie in dem marxistischen Glauben an die ökonomische Notwendigkeit des gesellschaftlichen Geschehens eine scheinbar wissenschaftliche Verbrämung erhält. Furchtbare Verheerungen hat diese Erziehung angerichtet.

Ein Klassenkämpfer muß diese Geistesverfassung hassen wie die Pest. Er wird die Erfahrungen befragen, was vernünftiger Weise geschehen sollte in der Lage der deutschen Arbeiterschaft. Er wird fragen, was er selber in dieser Lage tun soll, und wird finden, daß er viel tun kann, um nicht nur von unten an der Einheitsfront zu bauen, sondern auf die zentrale Organisation der Einheitsfront zu drängen.

Jeder Genosse kann die ihm zugänglichen Funktionäre in Partei und Gewerkschaft zur Rede stellen, was sie für die Einheitsfront getan haben und tun wollen. An obere Funktionäre können Delegationen geschickt werden, die von jenen Schritte zur zentralen Organisation der Einheitsfront verlangen. Jeder Genosse kann bei seiner Zeitung protestieren, wenn diese die Einheitsfront durch Schimpfen und Verleumdungen sabotiert;

der Protest kann bis zum Abstellen der Zeitung gehen. Kurz: auf mannigfache Weise kann der „Druck von unten“ organisiert werden. Würde auch nur eine beträchtliche Minderheit von Genossen von diesem Bewußtsein ihrer persönlichen Verantwortung für das Zustandekommen der Einheitsfront durchdrungen sein, so würden die Zentralen nicht widerstehen können.

Einer der international angesehensten und im praktischen Kampf aktivsten Arbeiterführer schrieb uns neulich: „Inzwischen ist ja Hitler jetzt dort, wo ihn die deutsche Arbeiterbewegung hingebacht hat.“ Dieses Wort ist in vollem Ernst und im vollen Bewußtsein seiner Tragweite gesagt worden:

die deutsche Arbeiterbewegung, an der jeder deutsche Arbeiter und Sozialist mit der vollen Verantwortung seines persönlichen Tuns und Lassens beteiligt ist.

Offener Kampf in Genf.

Schneller als zu erwarten war, ist in Genf die Frage der Durchführung des Fünfmächtebeschlusses über die Beseitigung des Teiles V des Versailler Vertrages (Entwaffnungsbestimmungen) zur Entscheidung gestellt worden. Bekanntlich heißt es in diesem Beschluß, daß Deutschland und den anderen entwaffneten Staaten

Gleichberechtigung gewährt werden soll in einem System, das allen Staaten Sicherheit bietet.

Im Präsidium der Abrüstungskonferenz erklärte der deutsche Vertreter Nadolny am Donnerstag in einer Rede, in der er den englischen Arbeitsplan für die Konferenz begrüßte,

die deutsche Abordnung werde sich einer neuen Debatte über die Gleichberechtigung widersetzen,

da diese durch den Fünfmächtebeschluß geregelt sei. Ein Abrüstungsabkommen, das keine entscheidende Herabsetzung der Rüstungen enthalte, werde „unübersehbare Folgen“ haben.

Daraufhin erklärte Paul-Boncour, die Konferenz solle sofort über den französischen Grundsatz des kontinentalen Sicherheitspaktes entscheiden. Gegen die Erklärung Nadolnys meldete er grundsätzlich Vorbehalte an und bemerkte,

die Abrüstungskonferenz sei durch den Fünfmächtebeschluß nicht gebunden.

Der französische Standpunkt tritt noch klarer hervor in einer Mitteilung des offiziellen Blattes des Völkerbun-

des, „Journal des Nations“, in dem es heißt, „die französische Regierung werde die Abrüstungskonferenz jetzt vor die Entscheidung stellen, entweder im Falle der Ablehnung neuer Sicherheitsgarantien ein Abkommen lediglich über den Stillstand der Rüstungen unter vollständiger Aufrechterhaltung des Teiles V des Versailler Vertrages abzuschließen oder eine Herabsetzung der Rüstungen bei gleichzeitiger Organisation der europäischen Sicherheit und Abschluß von Abkommen über die gegenseitige Sicherung und Hilfe vorzunehmen.“

Die deutsche Delegation wird den von Nadolny vertretenen Standpunkt: daß sie die Fünfmächteerklärung als allein maßgebend betrachtet und weitere Diskussionen darüber ablehnt, in einer offiziellen Erklärung der Reichsregierung wiederholen.

Der von Paul-Boncour vertretene Standpunkt ist keineswegs, wie die deutsche Presse behauptet, eine Verleugnung der Genfer Erklärung, da diese ja ausdrücklich die Gleichberechtigung an die Bedingung der allgemeinen Sicherheit knüpft. Es ist lediglich die ungenaue Formulierung der Fünfmächteerklärung und die Propagierung dieser Erklärung als bedingungslose Anerkennung der Gleichberechtigung, die die gesamte deutsche Presse jetzt aus allen Wolken fallen läßt.

Die britischen Diplomaten versuchen, zum Schrecken der kleineren Mächte, den toten Punkt, auf dem die Abrüstungskonferenz wieder einmal angelangt ist, durch neue Fünfmächtebesprechungen zu überwinden.

Japan vor dem Völkerbund.

Entscheidung immer noch hinausgezögert.

Wird der Völkerbund, wie es am Montag schien, klipp und klar sagen, daß China völkerrechtlich die Oberhoheit über die drei Ostprovinzen (die Mandschurei) gehört, daß also der Mandschukuo-Staat nicht anerkannt werden kann? Um diese Frage geht es immer noch in der Genfer Fernost-Diskussion. Wie wir berichteten, hatten die Japaner vorgeschlagen, die endgültige Entscheidung später vorzunehmen und von der zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der Mandschurei abhängig zu machen.

Der Neunzehner-Ausschuß ist bei seiner Stellungnahme vom Montag geblieben und hat am Donnerstag durch den Generalsekretär des Völkerbundes der japanischen Abordnung noch einmal schriftlich die Frage vorgelegt, ob die japanische Regierung (der Forderung des Lytton-Berichts entsprechend) bereit sei, die Oberhoheit Chinas über die drei Provinzen anzuerkennen;

der Ausschuß weist ausdrücklich auf die Konsequenz hin: die Aufrechterhaltung des Mandschukuo-Staates sei dann nicht möglich.

Nur wenn Japan diese Frage mit Ja beantwortet, er-

klärt sich der Neunzehner-Ausschuß zur Fortführung von Schlichtungsverhandlungen bereit.

Eine weitere Bedingung für Fortführung von Schlichtungsverhandlungen

soll mündlich an die japanische Regierung gestellt werden: ist Japan bereit, die militärischen Aktionen, insbesondere gegen die Provinz Jehol, einzustellen?

Bei fortgesetzten Militäraktionen sei eine Fortführung von Schlichtungsverhandlungen unmöglich. (Sehr richtig, aber sehr trivial!)

Es fällt auf, daß neuerdings wieder von Schlichtungsverhandlungen die Rede ist, also von Anwendung von Absatz 3 des Artikels 15 der Völkerbundsatzung: „Der Rat bemüht sich, eine Schlichtung des Streitfalles herbeizuführen. . .“ Vor drei Wochen hieß es bereits: die Schlichtungsbemühungen seien gescheitert; nun solle das klipp und klar gesagt werden, gemäß Absatz 4 des Artikels 15: „Kann der Streitfall nicht ausgeglichen werden, so erstattet . . . der Rat . . . einen Bericht . . .“ Einen solchen Bericht auszuarbeiten, wurde damals bereits als gegenwärtige Aufgabe des Neunzehner-Ausschusses bezeichnet.

Jetzt redet man wieder von der Schlichtung! Welche neuen Tatsachen sind denn inzwischen eingetreten, die eine Schlichtung heute als möglich erscheinen lassen, die vor drei Wochen selbst in Genf als unmöglich bezeichnet wurde?

Selbstverständlich nahm das Unterhaus mit ungeheurer Mehrheit einen Antrag der Konservativen an, in dem die Maßnahmen der Regierung gebilligt werden.

Der Kolonialsekretär ging in seiner Erklärung einfach um das zur Diskussion stehende Problem herum: Daß die Eingeborenen entschädigt werden sollen, die von ihrem Land vertrieben werden, um den weißen Siedlern Afrikas die Möglichkeit zu geben, die Goldfelder zu ihrem Profit auszubenten, geht aus dem Erlaß der britischen Behörden in Kenia hervor. Nur geht daraus auch hervor, daß sie, wenn es günstiger erscheint, nicht mit Land, sondern mit Geld entschädigt werden können. Andererseits ist es schwarzen Afrikanern aber verboten, Land zu kaufen; sie können nur Land zugewiesen bekommen in den Reservaten, die ihnen von den weißen Einbrechern gütigerweise überlassen worden sind. Was sollen sie also mit Geld anfangen? Sie würden es wahrscheinlich innerhalb kurzer Zeit ausgegeben haben und dann die für die Ausbeutung der Goldreserven notwendigen Arbeitskräfte stellen.

Das Gold in Kenia.

Im englischen Unterhaus fand eine Debatte über die Frage statt, ob die Vertreibung afrikanischer Neger von ihrem Land in Kenia zum Zwecke der Ausbeutung der Goldbestände einen „Treibbruch“ der britischen Regierung bedeute. Die Konservativen waren sehr aufgebracht über den „Verleumdungsfeldzug“, der im Zusammenhang mit dieser Frage gegen die Regierung geführt werde. Der britische Kolonialsekretär erklärte im Namen seiner Regierung, es sei, sowohl im Interesse der englischen Siedler (hierüber besteht nicht der geringste Zweifel) wie der Eingeborenen (?), daß das Gold ausgebeutet werde. Die Eingeborenen würden entschädigt werden.

Lunn, ein Abgeordneter der Labour Party, verlangte, daß jeder Eingeborene, der infolge der Goldschürfung von seinem Land vertrieben werde, einen entsprechenden Gegenwert an Land erhalten müsse und daß der Ertrag der Goldfelder restlos für die Interessen der Eingeborenen verwandt werden sollte.

Das neue Budget.

Am Sonnabend wird die französische Kammer mit den Beratungen über das Budget beginnen, und bereits am Dienstag wird die Vorlage — wenn sich in der Kammer alles programmgemäß abspielt — dem Senat überwiesen werden. Ob Daladier mit seinem Kabinett über die Klippe der Finanzsanierung hinwegkommt, wird sich also schnell entscheiden. Allerdings wird die Lebensdauer der neuen Regierung, auch unabhängig von der Budgetfrage, gering eingeschätzt.

In dem neuen Plan wird erstens das Defizit als kleiner bezeichnet, als in dem Plan von Chéron angegeben, zweitens setzt sich die neue Regierung nicht das Ziel, dieses Defizit sofort vollkommen zu decken. Die spitzeste Klippe der bisherigen Finanzprogramme, die Kürzung der Beamtgehälter, ist in der Vorlage der Regierung schon insofern gemildert worden, als nur noch Kürzungen von Jahresgehältern von mehr als 20 000 Francs (3300 Mark) vorgesehen waren. Außerdem würde die Kürzung von 1 bis 5 Prozent gestaffelt sein. Der Finanzausschuß hat die Klippe vollends abgebaut, indem er die Gehaltskürzung in eine Krisensteuer umgewandelt hat, die von 1/2 bis zu 10 Prozent gestaffelt ist. Sie betrifft auch lediglich Beamtgehälter von mehr als 20 000 Francs. Die Sozialisten werden jetzt in der Lage sein, für diesen Teil des Finanzplanes zu stimmen, ohne sich mit den Beamtengewerkschaften in Widerspruch zu setzen.

Weiter hat der Finanzausschuß die Einführung eines Petroleummonopols beschlossen und die allgemeine Einführung von Namensaktien abgelehnt, die vom Ausschuß im Zusammenhang mit der Durchberatung der Vorlage Chérons auf Antrag der Sozialisten gebilligt worden war.

Die Einsparungen im Militärhaushalt sind im Finanzausschuß von rund 600 Millionen, wie sie in der Regierungsvorlage vorgesehen waren, auf 338 Millionen herabgesetzt worden. Die Sozialisten haben dieser Aenderung als Gegengabe für das ihnen in der Frage der Beamtgehälter gemachte Zugeständnis zugestimmt.

Die Freiheit des Staatsbürgers.

Kürzlich wurde in der französischen Kammer ein Gesetz verabschiedet über die individuelle Freiheit des Staatsbürgers. Gemäß diesem Gesetz dürfen Angeklagte, die voraussichtlich zu nicht mehr als zwei Jahren Gefängnis verurteilt werden, niemals mehr als fünf Tage in Untersuchungshaft gehalten werden. Das Gesetz tritt jetzt in Kraft. Alloin in Paris werden daraufhin 500 Gefangene freigelassen werden.

Moskau weiß noch nichts von besseren französisch-russischen Beziehungen.

In Moskau hat die Erklärung Herriots, daß die französisch-russischen Beziehungen sich bereits sehr gebessert haben, großes Aufsehen erregt, da diese Besserung dort bisher unbekannt gewesen sei. Es wird angenommen, Herriot habe mit seiner Erklärung einen kleinen Trumpf gegen die deutsche Regierung ausspielen wollen.

„De Zeven Provincien“ umstellt und überwunden.

Am Freitag morgen, gegen 9 Uhr indischer Zeit (etwa 3 Uhr MEZ), wurde das Ausreißerschiff „De Zeven Provincien“ von dem verfolgenden Geschwader umstellt und nach kurzer Warnung beschossen. Durch die zweite Bombe entstand auf dem Schiff ein Brand. 12 Mann wurden getötet und 25 verletzt. Darauf verließen die Aufständischen das Schiff und gingen in die Rettungsboote, von wo sie voraussichtlich durch die verfolgenden Schiffe aufgegriffen worden sind.

Noch am Tage vor diesem Angriff mußte einer der verfolgenden Kreuzer, die „Java“, ihre gesamte Besatzung, so weit sie aus Eingeborenen bestand, auswechseln; die Offiziere sahen auch hier eine Meuterei voraus. Der Kreuzer lief deshalb Surabaja an, wo die eingeborenen Matrosen das Schiff verlassen mußten. Drei europäische Matrosen, angeblich die Rädelsführer des geplanten Aufstandes, wurden verhaftet und ins Gefängnis nach Batavia gebracht.

Das Verbot der sozialistischen Zeitungen für die Angehörigen des holländischen Kolonialheeres und der Marine ist beantwortet worden mit der Herausgabe eines Soldatenblattes „De Zeven Provincien“.

Gandhis Frau wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, außerdem zu einer Geldstrafe von 500 Rupien. Grund: „Anstiftung zu Ungehorsam und Steuerverweigerung.“

Tritt ein in die britische Armee!

Die britische Regierung hat in diesem Jahr 900 000 Pfund

für die Werbung von Rekruten für die Territorialarmee bereitgestellt. Ein großer Werbefeldzug: Tretet ein in die britische Armee, wird in Gang gesetzt werden, der im Sommer voraussichtlich in einer großen Truppenschau im Hyde Park in London seinen Höhepunkt finden wird.

Gleichzeitig hat die britische Regierung, nachdem alle Arbeitsbeschaffungspläne gescheitert sind, 10 000 Pfund

bereitgestellt für die „körperliche und seelische Instandhaltung“ der Arbeitslosenarmee.

Die drohende Haltung der schwedischen Arbeiterschaft gegen die passive sozialdemokratische Regierung nimmt immer schärfere Formen an. Das Regierungsgebäude des Sozialministeriums wurde von Erwerbslosen — angeblich Kommunisten — gestürmt, der Sozialminister von den Demonstranten umringt, die sich vorläufig damit begnügten, ihn gehörig zu beschimpfen.

Neuer Erpressungsversuch an Lindbergh.

Im Dezember erhielt Oberst Lindbergh wieder einen Erpresserbrief, in dem Angaben über die Mörder seines ältesten Kindes angeboten und dafür 50 000 Dollar gefordert wurden. Sollte Lindbergh sich weigern, auf dieses Angebot einzugehen, so werde auch das zweite Kind entführt werden. Lindbergh hat die Polizei benachrichtigt und gleichzeitig den Erpressern einen Schock über die geforderte Anzahlungssumme zukommen lassen, bei dessen Einlösung zwei der Erpresser jetzt verhaftet worden sind.

Chinesische Liga für Menschenrechte.

Hilfsarbeit für die politischen Gefangenen.

Eine Liga zur Verteidigung bürgerlicher Rechte ist von einer Gruppe prominenter chinesischer Intellektueller gegründet worden. Hauptsitz der Liga ist Schanghai; Zweigvereine in allen größeren Städten.

Unter den Gründern sind hervorragende alte Kuomintang-Mitglieder wie Frau Sun Yat-Sen und Tsai Yüan-Pei,

früher Rektor der Peking Reichsuniversität, dann Leiter des Kontrollkommissariats der Zentralregierung. In einer Programmschrift der Liga heißt es:

„Es ist tief bedauerlich, daß trotz der großen revolutionären Opfer der chinesischen Massen die Bürgerrechte noch nicht Wirklichkeit geworden sind, für die jene Massen gekämpft haben. Man braucht nur die Tagespresse zu lesen, um Berichte zu finden über die Unterdrückung von Zeitungen, über Verhaftungen und Hinrichtungen, oft junger Knaben und Mädchen, die politischer Vergehen angeklagt sind. Sie werden vor geheime Militärgerichte gebracht, die ihnen elementare Menschenrechte verweigern wie: öffentliche Verhandlung, die ihnen ermöglicht, ihre bürgerlichen Rechte vor den Schranken der öffentlichen Meinung zu vertreten.“

Als Ziele der Liga werden genannt:

Kampf für die Befreiung politischer Gefangener; Kampf gegen das herrschende System der Einkerkungen, Folterungen und Hinrichtungen; Rechtsberatung und andere Hilfe für die politischen Gefangenen; Aufrüttelung der öffentlichen Meinung; Kampf für die staatsbürgerlichen Rechte (Vereinigungsfreiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit).

Erste Aktion der Liga: Appell an die Regierung um Freilassung von drei Professoren und über 20 Studenten, die Ende vorigen Jahres bei einer Razzia auf Kommunistenverdächtige verhaftet wurden.

Hoffentlich setzt die neue Liga ihre Kraft sehr bald für die Befreiung des Arbeiterführers Huan-Ping ein! Hoffentlich lebt er überhaupt noch!

Auch ein Vorschlag zur Behebung der Arbeitslosigkeit: Deutsche Priester für Frankreich.

Frankreich befindet sich in einer glücklichen Lage: Von 1903 bis 1931 hat die Zahl der Pfarrgeistlichen um 14 830 abgenommen bei einem Anwachsen der Bevölkerung um 3 Millionen. 7600 Pfarrgemeinden sind ganz ohne Pfarrer. Dazu ist ein Drittel aller französischen Geistlichen über 60 Jahre alt. Die französischen Bischöfe sahen sich deshalb genötigt, einen Aufruf an die Jugend zu erlassen, der Kirche mehr Priester zu schenken.

Dieser Zustand läßt nun deutsche Katholiken nicht ruhen. In der „Rhein-Mainischen Volkszeitung“ wird deshalb der Vorschlag gemacht, Frankreich deutschen Pfarrnachwuchs zu liefern, denn in Deutschland wächst der Ansturm der Theologie-Studierenden in allen Diözesen von Jahr zu Jahr. Die Deutschen würden damit eine alte Dankeschuld gegen ein Land abtragen, das geholfen habe, das Christentum nach Deutschland zu tragen.

Wir meinen allerdings, daß eine Dankeschuld an Frankreich am besten abgetragen würde, wenn man auf solchen Export verzichten würde. Wie wenig sich die Franzosen nach diesem Exportartikel sehnen, zeigt z. B. die Tatsache, die die „RMV“ berichtet, daß eine Gemeinde ihr Pfarrhaus eine Beute der Ratten werden ließ, weil, so sagt das katholische Blatt wörtlich, „die Gemeinde auf das Bewohntwerden des Hauses durch einen Priester keinen Wert legte“.

So großen Wert wir auch darauf legen, recht viele Pfarrer los zu werden, so sehr möchten wir doch empfehlen, die Franzosen mit solchen Geschenken zu verschonen. H. Lm.

Unter Polizeiwilkkür.

Die Verordnung, die Hindenburg neulich unter dem Titel „zum Schutz des deutschen Volkes“ erlassen hat, enthält u. a. folgende Bestimmung:

„Druckschriften, deren Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu gefährden, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden.“ (§ 7,1.)

Die Praxis entwickelt sich immer mehr dahin, daß mit dieser Bestimmung willkürlich den linken Verlagen und Buchhandlungen alles das fortgenommen werden kann, was den Regierungen und Polizeipräsidenten nicht gefällt.

Ein Nachweis dafür, inwiefern das fragliche Buch die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährde, wird nämlich von den Ausräumern der linken Verlage nicht angegeben. Die neuesten Beispiele:

Thälmanns Broschüre: „Was will die antifaschistische Aktion?“ wurde in einer Höhe von über 1000 Stück vom Dresdener Polizeipräsidenten im „Buch- und Zeitschriftenvertrieb“ in Dresden beschlagnahmt.

Die erste Februarnummer des „Roten Ruhrsporn“ ist vom Essener Polizeipräsidenten in Höhe der gesamten Auflage beschlagnahmt worden.

In Gelsenkirchen und Recklinghausen je zwei Verhaftungen bei der Beschlagnahme kommunistischer Schriften.

Ohne Begründung aufgelöst wurde eine „Rote Hilfe“-Versammlung in Neukölln am Donnerstag abend.

Wahlaufuf des Zentrums verboten.

Ebenfalls auf Grund der Notverordnung vom 4. Februar hat das oldenburgische Innenministerium die „Tageszeitung für den Amtsbezirk Friesoythe“ wegen Abdrucks des Wahlaufufes der oldenburgischen Zentrumspartei auf sechs Tage verboten. Die übrigen Zentrumszeitungen Oldenburgs hatten den Aufruf bereits vor Geltung der neuen Notverordnung abgedruckt. Als Grund wird „Verächtlichmachung des Reichskanzlers“ und Verbreitung unrichtiger Nachrichten hergeholt.

Staatsbegräbnis für den Mörder, Trauerzug für ermordete Arbeiter verboten.

Am Freitag nachmittag werden auf dem Friedhof Berlin-Friedrichsfelde drei von Nationalsozialisten ermordete Arbeiter beerdigt: der Kommunist Schulz, in der Nacht zum 2. Februar in Charlottenburg von NS erstochen; der Kommunist Berner, in der Nacht zum 4. Februar in Neukölln von

NS durch Bauchschuß ermordet; der Kommunist Kollatsch, in der Nacht zum 4. Februar in Moabit von NS erschossen.

Der Berliner Polizeipräsident hat die von der „Roten Hilfe“ geplanten

Trauerzüge aus dem Innern Berlins nach dem Friedhof verboten.

Auch jeder geschlossene Rückmarsch ist verboten worden. Lediglich die Trauerfeier auf dem Friedhof ist erlaubt worden.

Wieder ein Arbeiter Todesopfer des Bürgerkrieges.

Köln. Wieder ist ein bei der Schießerei in der Thieboldsgasse in der Nacht zum Montag

schwer Verletzter gestorben: der Packer Lipp. Der erste Tote ist der Schmied Rathke. Die „Rote Fahne“ bezeichnet beide als Genossen. Daß es sich nicht um Nazis handelt, ist auch nach dem Polizeibericht ziemlich sicher.

Berlin-W. In dem Büro des republikanischen Witzblatts „Die Ente“ in der Haberlandstraße erschienen am Donnerstag am hellen Nachmittage vier Männer und fragten nach dem Redakteur Worm und dem Herausgeber Gröttrup. Als den Fremden gesagt wurde, daß die beiden nicht im Hause seien, zogen die Eindringlinge Pistolen, schüchterten damit die Angestellten ein und durchsuchten die Räume. Als sie die beiden Gesuchten nicht fanden, gabon sie ein paar Schüsse ab und verschwanden in dem Auto, in dem sie vorgefahren waren. — Der „Angriff“ hatte bereits seit einigen Tagen gedroht, daß die Nazis sich die Hetzereien der „Ente“ nicht mehr lange gefallen lassen würden. Der Redakteur Worm war kürzlich mehrmals in verdächtiger Weise angerufen worden; z. B.: ein englischer Verlagsdirektor wünsche ihn wegen der Herausgabe eines englischen Witzblattes zu sprechen und erwarte ihn mit seinem Wagen da und da; die bezeichnete Gegend war aber so abgelogen, daß Worm nicht in die Falle ging.

Berlin-Charlottenburg. In ein Nazilokal in der Goethestraße wurden in der Nacht zum Freitag zwei Eierhandgranaten hineingeworfen und mehrere Schüsse abgegeben. Die Attentäter entkamen auf Motorrad. Drei SA-Leute leicht verletzt.

Reichsinnenminister als Reichstagswahlleiter der NSDAP.

Frick ist von Hitler zum Reichstagswahlleiter der nationalsozialistischen Partei ernannt worden. Damit ist offen die Personalunion zwischen dem Reichsinnenministerium und der Nazi-Wahlpropaganda hergestellt worden.

Wir organisieren die Einheitsfront!

Oeffentliche Versammlung

am Montag, dem 13. Februar, 20 Uhr, im großen Saal der „Sophien-Säle“, Sophienstr. 18 (Nähe Bahnhof Börse).

Redner: Fritz Grob.

Als Diskussionsredner sind bisher gemeldet: E. Bauer (Trotzki-Gruppe), Waldemar Bolze (KPD-O), Karl Emonts (SPD), Maria Hodann (ISK), Aug. Siemsen (SAP) Hugo Urbahns (Lenin-Bund).

Die Partei- und Bezirksvorstände der KPD und SPD sind schriftlich eingeladen worden, einen Diskussionsredner zu senden.

Eintritt 20 Pf.
Für Erwerbslose: 10 Pf.

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund
Ortsverein Berlin.

A. M. FREY



DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Kiepenhauer Verlag AG, Berlin.

Er machte nicht Krach. Sein brutales Bulldoggengesicht auf untersetzter Gestalt musterte kalt den Untergebenen, das vorquellende Auge nagelte sachlich die kleine Verfehlung fest, er kommandierte halblaut und rostig: „Wie heißen Sie? Welche Kompanie? Vorname? Sie merke ich mir. Sie melden sich bei Ihrem Feldwebel und beantragen selber Ihre Bestrafung. Abtreten. Das weitere wird durch mich veranlaßt.“

Er soll eines Tages an den Unrechten geraten sein. Er ging selten ohne Adjutanten, damals tat er es. Und hatte obendrein das Unglück, weit und breit keinen zu entdecken, der ihm hätte Zeuge für die Unbotmäßigkeit des Soldaten sein können. Sonst hätte der Rabiate wohl auch geschwiegen, so aber will er gesagt haben: „Dir schlagen wir eines Tages den Schädel ein! Geh lieber in die Stellung, statt die zu kuranzeln, die müd und elend aus ihr kommen. Freundel, merk dir's, es geht nimmer laug so weiter.“

Es ging nicht weiter. Er scheint es selber eingesehen zu haben. Und da kam ihm, der gute Gedanke mit dem alten Leberleiden und mit der Etappe, für die er sich noch frisch genug fühlte. —

Sein Nachfolger ist der eine Bataillonsführer. Er wird erst mal stellvertretend ernannt. Ein Notbehelf. Wo soll man die neuen Truppenkommandeure hernehmen, die man braucht, weil immer mehr Stellen leer werden, denn die Tendenz, abzutreten, wird bei der Länge des Krieges wachsend deutlich. Die Herren sagen sich nämlich: haben wir es nötig, bei der Truppe ein doch nicht so ganz bequemes Leben endlos zu führen? Es finden sich unschwer Situationen, die angenehmer sind und in denen man nach seinen kriegerischen Leiden atmen schöpfen kann.

Der Stellvertreter, Oberstleutnant von Punmer, ist ganz anders als sein Vorgänger. Die Leute mögen ihn. Er ist „ein Viech mit Haxen“, ein schneidiger Kerl, ein Saufaus, ein Witzbold. — Er hat etwas vom alten Knaben. Ehemals aktiv, ist er seinerzeit als Major abgesägt worden, mangels höherer militärischer Begabung. Zu Kriegsbeginn, nach langen Jahren grauen Zivils, ist er sofort mit Begeisterung in die spiegelnden Reitstiefel wieder hineingesprungen.

Er reitet übrigens schlecht, aber dafür kühn. Seine schräge, zähe Figur zappelt mehr, als daß sie ihre noch jugendlichen Fähigkeiten voll ausnützte. Sein energisch erscheinendes, gutartiges Soldatengesicht verrät den Trinker. Die Nase ist blaurot geädert, die stahlblauen, scharf zu blickenden, schnellen Augen sind gern ein wenig blutgerändert. Unter dem grauen Schnauzbart sitzt ein wohlgeformter Mund mit roten Lippen und schönen Zähnen.

Er trifft, die zerknitterte Feldmütze keck auf dem Ohr, mit der Reitpeitsche an den Stiefelschaft klappend, vor der Tür seiner Kanzlei den Krankenträger Funk, der, von Schreibstube zu Schreibstube eilend, sich um Berge von Meldungen, Anordnungen, fäglichen, fünfägigen, zehntägigen Rapporten, um Berechnungen, Anforderungen und Ueberweisungen zu kümmern hat.

Funk steht, Papiere an die Hosennaht gepreßt, und wartet das Vorüberschreiten des Gewalthabers ab. Dessen Blick, geübt, in Hunderte von Männergesichtern zu spähen, ist hier festgehalten und neugierig gemacht. „Wer sind Sie?“, fragt er fast im Gesellschaftston

Funk nennt das Nötige.

„Aha, der Neue, der für den Herrn Regimentsarzt Krankenleidens versteht. Wir sind beide noch nicht lange auf unseren Posten, aber wir bemühen uns, nicht wahr, sie bis zum letzten auszufüllen.“

Funk beteuert es hastig.

„Ihnen wird's nicht leicht fallen, das Genaue und Exakte im Schriftwechsel. Ich weiß, daß Sie Dichter sind, ein phantastischer obendrein. Ich hab' nämlich mal ein Buch von Ihnen gelesen — halt ich Sie auf? — es hat geheißen ‚An der Schattengrenze‘ oder ‚Grenzerschatten‘ oder so ähnlich. Ein grausliches Zeug — pardon, ich mein: das Grausen überläuft einen, aber höchst künstlerisch. Hält ich Sie auf,

wartet der Herr Regimentsarzt auf Sie? Wo müssen S' denn hin?“

„Ins Revier zurück, Herr Oberstleutnant.“

„Brav, da geh' ich mit, ich hab' schon lang a mal hinüberschaun wollen.“

Sie wandern mitsammen durch die Dorfstraße. Punmer plaudert lebhaft. Er schiebt den Arm halb unter den des Krankenträgers. Leute, die ihnen begegnen, grüßen mit erstaunten Augen.

Der Oberstleutnant wiederholt bewundernd: „Wie ma nur so was schreiben kann! Jetzt verraten S' mir bloß, wo Sie's hernehmen.“

Funk windet sich innerlich. Wie soll man einem Oberstleutnant dichterische Prozesse, von denen man selbst kaum etwas ahnt, klarmachen? „Die Sachen sind mir halt so eingefallen.“

„Mir fällt nix ein. Warum denn net? Warum jetzt grad' Ihnen — und mir net? Ich bin doch geistig auch reger, aber daß ich auf so grausliche G'schichten käm' —“ Er schüttelt den Kopf und scheint für den Augenblick in Nachdenken zu versinken.

Was ihn nicht hindert, einen Mann weit über die Straße zu erspähen und durch Geschrei an die Stelle zu bannen: „He, Sie, vielleicht haben S' die Güte, Ihr Hosentürl zuzuknöpfen! Ihr lauft nächstens noch nackt am Kommandeur vorbei!“

Der Mann bringt sich eilig in Ordnung und steht dann wie ein Baum.

„Ein solcher Lackel, was, Funk! — Aber gehen wir dort hinüber, sonst sieht er noch, daß ich lachen muß, und die ganze erzieherische Wirkung ist hin. — Sie könnten sich übrigens auch ein bisserl besser halten. Sind S' so freundlich und machen S' keinen solchen Buckel. Ste sind jetzt beim Militär und nicht auf dem Parnaß.“

Man ist angekommen bei den Kranken. Der Oberstleutnant federt sofort in einen Keller hinunter. „Ah, der Feldwebel Asam! Was treiben S' denn? Immer hurtig mit die Salbentöpf, wie? Was fehlt diesem Mann, warum liegt er auf dem Bauch? Abszeß am Hintern, aha. Und der dort, weshalb hustet er? Wie sind denn so die Temperaturen der Leute?“

(Fortsetzung folgt.)

Die Bürokratie versagt!

M. H. Mitgliederversammlung des ZdA in einem Berliner Bezirk. Es ist einige Tage nach Hitlers Amtsantritt. Gerade ist bekannt geworden, daß die Aufforderung zum Generalstreik und zum Streik in lebenswichtigen Betrieben verboten wurde. Das Streikrecht der Gewerkschaften — eins ihrer Fundamente — ist angetastet! Nur zu erklärlich, daß viele Mitglieder sich aussprechen möchten über die Lage. Aber ein anderes Thema war angesetzt: Der Kampf in Ostasien. Gewiß, ein wichtiges Thema. Aber die Ereignisse in Deutschland überstürzen sich zur Zeit, sie verlangen dringend schnelle Stellungnahme, schnelle Aktionen. Es kommt der Antrag aus der Versammlung, die Tagesordnung umzuändern, zunächst über die politische Lage in Deutschland zu sprechen, dann, vielleicht etwas abgekürzt, über Ostasien. Wenn an der lebendigen Anteilnahme der Mitglieder läge, der würde dies nur begrüßen. Aber die heutigen Gewerkschaftsfunktionäre sind nach anderen Gesichtspunkten ausgelebt: organisatorische Kleinarbeit, treu und zuverlässig, zu leisten, das verstehen sie gut; jeden Beschluß ihrer Leitung verteidigen und sei er noch so angreifbar, — jede Opposition, sei sie berechtigt oder unberechtigt, erwürgen, das können sie. Mit solchen Fähigkeiten ist gewiß für Stabilität in ruhigen, demokratisch-friedlichen Zeiten gesorgt. In der heutigen Stunde aber, die an den Grundsteinen auch der Gewerkschaften rüttelt, unten solche Menschen in ihrer unsagbar engen, bürokratischen Aengstlichkeit geradezu grotesk an. Sie helfen verhindern, indem sie den Gewerkschaftsapparat fest umklammern, daß die Gewerkschaften in dieser politischen Entscheidungsstunde für die deutsche Arbeiterschaft zu kühneren Aktionen vorstößen.

Der Vorsitzende weist den Antrag auf Aenderung der Tagesordnung zurück. Er sei nicht „zulässig“ auf Grund von Beschluß so und so. Die Ortsgruppenleitung setze das Programm fest, daran dürften die Mitglieder nichts ändern, auf keinen Fall! Sie dürfen Wünsche äußern für die nächste Versammlung, mehr nicht. Wann ist die im Programm vorgesehen? Etwa am 18. März! Gute Nacht, ihr politisch interessierten Mitglieder! Bis dahin, — ja, wer weiß, was dann auf der Tagesordnung steht. Vielleicht dürfen dann selbst die Gewerkschaftsmitglieder nicht mehr wie bisher zusammenkommen und die Lage erörtern. Eine besondere Versammlung einberufen? Auch diesen Wunsch dürfen die Mitglieder nur aussprechen. Doch diejenigen, die dies tun, mit allem Ernst und aller Sachlichkeit, aber auch mit der Ungeduld und Erregung, die nur einer Schlafmütze angesichts der heutigen Ereignisse fehlt, diese Kollegen werden sogar noch väterlich ermahnt, die „Einigkeit“ nicht zu stören. Ein unerhörter Mißbrauch mit diesem Wort wird hier getrieben von denen, die noch heute in ihrer Ruhe nicht gestört sein wollen und deren Ideal daher eine Einigkeit im Abwarten, im Verschlafen der Ereignisse ist: wir aber brauchen die Einigkeit aller Sozialisten im Handeln, im Kampf. Die Schlafenden müssen dazu aufgerüttelt werden. Genossen, helft dabei! Stört die Engherzigen, Aengstlichen, Zögernden auf aus ihrer Ruhe, überall, wo Ihr sie trefft in Euren Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen!

Straßenbahnerstreik in Reims.

Auf die Ankündigung der Straßenbahngesellschaft in Reims, sie werde eine Gehaltskürzung von 2,25 Franken täglich (etwa 37 Pfennig) durchführen, sind die Straßenbahner in den Streik getreten. Der gesamte Straßenbahnverkehr ist stillgelegt worden.

Demonstration der Londoner Arbeiterschaft.

A. M. (London). Die Massendemonstration der Londoner Arbeiterschaft, die am vorigen Sonntag stattgefunden hat, war, darüber besteht allgemeine Einigkeit, die größte Kundgebung, die seit vielen Jahren veranstaltet worden ist. Ungeheure Massen von Arbeitern, Mengen von Fahnen, von denen die meisten den Gewerkschaften gehörten, darunter auch Fahnen der Bauernverbände, die sonst in bezug auf Organisation und Aktivität hinter anderen Sektionen der Gewerkschaftsbewegung nachhinken, füllten die Straßen Londons und den Hyde Park. Groß war auch die Zahl der Frauen, die im Zuge mitmarschierten, zumeist hinter den Fahnen der Genossenschaftsgilden. Seltsam war der riesige Zug von Wagen der Genossenschaften, der sich den Demonstrationszügen anschloß. Diese ganze Aktion von Hunderttausenden von Arbeitern aller Industrien stand im Zeichen der Solidarität mit den Erwerbslosen, des Kampfes gegen die Bedürftigkeitsprüfung und die reaktionäre Nationalregierung.

Als die Kommunisten erklärt hatten, sie würden sich an der Aktion beteiligen, „um sie zu einer Einheitsdemonstration der kämpfenden Arbeiterschaft zu machen“ u. s. w. (allerdings ohne zu versäumen, hinzuzufügen, daß sie die Arbeiter in oppositionellen Gruppen der Demonstration anschließen wollten), antworteten die Gewerkschaftsführer: nur Organisationen, die der Labour Party angeschlossen seien, dürften sich an der Aktion beteiligen. Praktisch wurde jedoch nicht nach dieser Parole gehandelt: überall schlossen sich kommunistische Gruppen mit ihren Fahnen dem Zuge an. Wo versucht wurde, die Kommunisten vom Zuge zu trennen, protestierten die Arbeiter dagegen.

Die Stimmung bei den Arbeitern war erwartungsvoll, sie

waren bereit, jedem Aufruf ihrer Führer zu offenem Kampf zu folgen.

Aber derartige Parolen wurden nicht gegeben. Im Hyde Park sprachen Redner der Gewerkschaften, Labour Party u. s. w. von 8 Plattformen. Von jeder Plattform sprachen 3 Redner. Kein einziger Vertreter der Erwerbslosen war unter all den 24 Rednern, die dort zu den Arbeitern sprachen, zu den Erwerbslosen, die kaum genügend zu essen haben. Alle Redner machten den Eindruck wohlgenährter, wohlgekleideter Menschen, die von der Not der Erwerbslosen, die sie in ihren Reden schilderten, keine Ahnung hatten.

Die Kommunisten hatten ihre eigenen Rednertribünen, von denen aus sie gegen die Labour Party wetterten.

Der Geist beider Richtungen der Arbeiterbewegungen geht aus den Worten hervor, mit denen sie die Kundgebung schlossen.

Lansbury, der Führer der Labour Party, zitierte ein Lied, das „Jerusalem“ heißt und sich mit der Aufgabe befaßt, „Jerusalem in Englands grünen und freundlichen Halden aufzubauen“!

Pollitt, der Führer der KP, schloß mit der Prophezeiung, daß während der nächsten zwei oder drei Monate in Deutschland eine erfolgreiche kommunistische Revolution stattfinden würde, und forderte eine Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei, damit die Arbeiterschaft im nächsten Jahr nicht gegen die Bedürftigkeitsprüfung zu protestieren brauche, sondern eine erfolgreiche Revolution in England feiern könne! (Dabei muß man im Auge behalten, daß die KPE eine nennenswerte Anzahl von Mitgliedern außer in London nur noch in zwei oder drei der Industriebezirke von England und Schottland hat!)

Zurück ins 17. Jahrhundert.

Durch eine Regierungsverordnung zum Schutze der portugiesischen Schifffahrt werden alle Beamten und staatlichen Konzessionäre verpflichtet, in Zukunft nur auf portugiesischen Schiffen zu reisen, falls solche zur Verfügung stehen. Außerdem müssen alle zollfreien und kontingentierten Waren unter portugiesischer Flagge nach Portugal gebracht werden.

Im Jahre 1661 wurde in England ein Gesetz erlassen, die Navigation Acts, das etwa die gleichen Bestimmungen enthielt. Dadurch machte sich England so unpopulär, daß später eine ganze Volksbewegung gegen dieses Gesetz in England selber entstand.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Dienstag, 14. Februar, 20 Uhr, in „Haverlands Festsälen“, Neue Friedrichstraße 85, (Nähe Bahnhof Alexanderplatz). Thema: Was will der ISK? Redner: Willi Eichler. Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf. Aussprache!

Magdeburg: Mittwoch, 15. Februar, 20 Uhr, bei Baueraufer 27/28. Thema: Sozialistengesetz auf dem Marsch! Warum kommt die Einheitsfront zwischen KPD und SPD immer noch nicht zustande? Eintritt 20 Pf., Erwerbslose frei.

Der Ortsverein München des Reichverbandes der Deutschen Presse hat den Pressechef der NSDAP, Dietrich, ausgeschlossen, weil er in einem Telegramm an Hindenburg und Hitler dem Reichsverband das Recht zu dem Protest gegen die neue Pressenotverordnung abgesprochen hat.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“

vom _____ ab zum Preise von monatlich

2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name	Ort
Straße und Hausnummer	
Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.	

Verantwortl. Schriftf. d. W. Eichler, Berlin. Anst. d. R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck A. Jantrowski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 23/29.

Selten Wirtschaftsartikel

gut und preiswert
Otto Scaruppe
Berlin-Reinickendorf-Ost, Wilkestr. 1

Maßarbeit erstklassig und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen

Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Das Haus der guten Schuhe H. Ebel

Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzels. d. Inserates 5% Rabatt!

Sprechapparate
Koffer • Schatullen • Schränke
Schallplatten
für Konzert u. Unterhaltung in allen Preislagen
Verlangen Sie Angebot!
OTTO PFOTENHAUER
Weimar, Röhrstraße 40

ISK
Monatsschrift d. Internationalen Sozialistischen Kampf-Fundes.
IVA-Berlin / Preis 20 Pf.

ALLAN FLANDERS:
Die geheime Internationale.
Neues von der Mordindustrie.
FRITZ GROB:
Klassenkampf, Demokratie und Gewerkschaften.
Aussprache:
GRETE HERMANN:
Achtung vor Verträgen.
8. Jahrgang
Februar 1933

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M., Riederweg
Engelsplatz 12.

Sonnenblumen-Öl
kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier.
Kanne 1,— RM Pfand.
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

Butter
Käse, Eier
Landbrot

Ist Maßkleidung zu teuer?

Maßkleidung ist eleganter, tragfähiger, dauerhafter und darum billiger als Konfektion. Wer jetzt sparen muß, trägt nur Maßkleidung! Machen Sie einmal den Versuch!
Rudolf Schönheit, Herren- u. Damenmoden
Magdeburg / Johannisbergstraße 10 III.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:
Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Judenstraße 8, III

BERLIN
KAMERA
DIE Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987
Seit 7. Februar:
Das schöne russische Filmpost:
ERDE von Dowshenko
Dazu der Studiofilm 1929:
Menschen am Sonntag
Regie: Robert Siodmak
Anlaufzeiten: 15, 17 und 21 Uhr

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. Timmermann
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.
Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausburger Weg 67.

Freunde und Leser des „Funke“!
Unterstützt Eure Zeitung!
Wer! Abonnenten
Sammelt Anzeigen
Bevorzugt bei Einkleinung
unserer Inseraten



Was tust Du
für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit Klebemarken mit dem Einheitszeichen. — Bestelle die Klebemarken noch heute bei der
Buchdruckerei Oscar Wettin, Gelnhausen, Hessen-N.
Es kosten bei Vorauszahlung des Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zusendung unter Nachnahme zuzüglich 80 Pf. Nachnahmegebühr.

Was tun?

Angesichts der heutigen politischen Lage steht diese Frage für die Arbeiterschaft im Vordergrund. Welche Schritte hat in ähnlichen Situationen LENIN unternommen? Zur Beantwortung dieser Frage kann man viel lernen aus der Schrift:

LEO TROZKI
Über Lenin
Material für einen Biographen.
Mit drei Bildern. 170 Seiten.
Broschiert 1,50 Mark. Ganzleinen 2,— Mark.

Die Aufzeichnungen Trotzki über seinen Lehrer und den Meister der russischen Revolution sind bei all ihrer Kürze das überzeugendste Dokument, das wir — ausser in Lenins eigenen Schriften — über die Entwicklung der russischen Revolution besitzen.

Verlag Öffentliches Leben, Berlin SW 19, Inselstraße 8a.
Postcheckkonto: Berlin 813 42. Telefon F 7 5224.

Amtlich: 6014 000 Arbeitslose.

—t. Die amtliche Statistik ergibt folgendes Bild über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit:

	1931/32	1932/33
Ende November	5 060 000	5 355 000
Mitte Dezember	5 349 000	5 604 000
Ende Dezember	5 668 000	5 778 000
Mitte Januar	5 966 000	5 966 000
Ende Januar	6 042 000	6 014 000

Nachdem die diesjährige amtliche Arbeitslosen-Kurve Mitte Januar die vorjährige berührt hatte, liegt sie Ende Januar ein wenig unter der vorjährigen Kurve. Zur Freude darüber ist aber gar kein Anlaß, da die Zahl der statistisch nicht erfaßten Erwerbslosen zweifellos seit dem vorigen Jahr gestiegen ist.

Von der Arbeitslosen-Versicherung wurden Ende Januar 953 000 Hauptunterstützungsempfänger versorgt, also nicht einmal ein Sechstel der amtlich festgestellten Erwerbslosen-zahl! In der Krisenfürsorge waren 1 419 000. „Anerkannte“ Wohlfahrts-erwerbslose wurden Ende Januar 2 427 000 gezählt. Im freiwilligen Arbeitsdienst waren 175 000 Dienstwillige beschäftigt. Das „Netzwerk der deutschen Jugend“ erfaßte bereits 100 000 Jugendliche.

Vierjahresplan beginnt mit Zollerhöhungen.

—t. Zur „Vermeidung überflüssiger Einfuhr“ werden ab 15. Februar, dem Zeitpunkt des Ablaufs des deutsch-schwedischen Handelsvertrages, die deutschen Zölle erhöht für lebendes Rindvieh, Schafe, lebende Schweine, Fleisch und Schmalz.

Die Erhöhung des Schmalzollens von zur Zeit 12,50 Mark pro Doppelzentner auf 50 Mark wird eine erhebliche Verteuerung des billigen Auslandsschmalzes zur Folge haben. Die anderen Zollerhöhungen dienen lediglich zur Befriedigung des Agitationsbedürfnisses und kosten die Konsumenten wenigstens vorläufig nichts. — Auf die Zollpolitik der gegenwärtigen Reichsregierung kommen wir im morgigen Wirtschaftsteil ausführlich zurück.

Der Verzicht auf das Reichskanzlergehalt.

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß Hitler auf sein Reichskanzlergehalt verzichtet habe, weil er sich von seinem Schriftstellereinkommen ernähre. Wer geglaubt hat, das Geld bliebe also in der Staatskasse, wo es an sich auch hinpaßte, hat daneben geglaubt. Der nationalsozialistische preußische Pressedienst teilt mit, daß Hitlers Gehalt einem besonderen Kuratorium überwiehen werde: „Dieses wird das Geld an bedürftige Hinterbliebene erschossener SA-Männer und Polizeibeamten verteilen.“

Hitlers Gehalt kommt also in die Kasse seiner Partei — das machen viele andere Leute auch!

Der Danziger Volkstag wünscht Hitler kein Glück.

Im Danziger Volkstag wurde ein Antrag der Nationalsozialisten für die Genehmigung eines Glückwunschtelegramms an den deutschen Reichspräsidenten und den Reichskanzler anläßlich der neuen Reichsregierung abgelehnt.

Dokumente der Unkultur.

Hugenberg vor deutschen Studenten:
„Ich danke Ihnen. Schwerste Verantwortung habe ich übernehmen müssen, . . . um die Trümmer hinwegzuräumen, die auf unsren deutschen Fluren liegen. Arbeit ist nunmehr allein mein Los und meine Aufgabe. Zum Reden, zum Werben, zur Teilnahme an Kundgebungen und an Festen fehlt die Zeit. Da müssen Sie alle einspringen. Sie müssen sich verzehnfachen, verhundertfachen, um unserer deutschnationalen Arbeit zu dienen . . .“

Wie TU berichtet, ist in jenem Artikel einer schwedischen Zeitung, der zu dem Schritt des deutschen Gesandten beim schwedischen Außenministerium und dem Telegramm Görings an die betreffende schwedische Zeitung Anlaß gegeben hat,

„von Hitler von einem Kerl und einer Figur“ die Rede gewesen. Diese Beleidigung hat Reichminister Göring nicht auf seinen „Führer“ sitzen lassen können.

Als „leitende Beamte des Staates“, deren Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung gemäß der Notverordnung

Der Friede.

Das Lustspiel „Der Friede“, das der griechische Dichter Aristophanes vor mehr als 2300 Jahren geschrieben hat, ist von François Porché in französischer Sprache „modernisiert“ worden und wird gegenwärtig von der Schauspieltruppe Charles Dullin im Theater „L'Atelier“ in Paris (einem Theater, wie man sich die alten Pariser Theater immer vorstellt) gespielt.

Die Schauspieltruppe Charles Dullin ist eine Gruppe der Jungen. Sie leben unter kärglichen Verhältnissen — sie fertigen z. B. ihre Kleider selber an — und arbeiten unablässig daran, ihre Leistungen zu verbessern.

Sie versuchen sich an fröhlichen Stücken, wie es zu ihrer Jugend paßt, und zwar an Stücken voll von Satyre auf die heutige Gesellschaft und mit einem deutlichen Anklang zum Fortschritt — wie es auch zu ihrer Jugend paßt, manchmal mit der Fröhlichkeit, mit der Sokrates den Giftbecher trank.

Sie spielen nicht wie Schauspieler. Einfacher, natürlicher — oft auch schlechter. Man merkt, daß sie mit dem Herzen dabei sind.

Charles Dullin selber ist ein ausgezeichnete Spieler, dem es nicht um den Erfolg zu tun ist, sondern um das, was er dem Publikum zu sagen hat. Man versteht, daß die Jugend mit Begeisterung seiner Truppe angehört.

Nun aber zu Aristophanes selber. Wer kennt sein Lustspiel „Der Friede“ überhaupt? Sogar hier in Frankreich, wo die griechische Kultur etwas gilt, kaum jemand. Dabei

Bayern für Verstaatlichung der Großbanken.

Der Mittwoch, laut unserem gestrigen Bericht, in der Vollsitzung des bayerischen Landtages angenommene nationalsozialistische Antrag auf Verstaatlichung der Großbanken hat folgenden Wortlaut:

Die Staatsregierung wird ersucht, im Reichsrat und bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß die Großbanken verstaatlicht werden mit dem Zwecke:

1. der Um- und Entschuldung der privaten und öffentlichen Wirtschaft, ferner der öffentlichen Körperschaften;
2. der Herbeiführung eines den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Zinssatzes;
3. der Sicherung der vom Reich der Banken gegebenen Subventionen.

Der Beschluß des Landtages hat in der bayerischen Presse ein lebhaftes Echo hervorgerufen. Verschiedentlich wird hervorgehoben, daß an die Verwirklichung des Antrages nicht zu denken sei.

Die „Münchener Zeitung“ schreibt, der einzig mögliche Weg für das Reich zur Gesundung des Gold- und Kreditwesens sei die Aufteilung der großen Zentralbanken in selbständige regionale Institute, die sich der Pflege der wirtschaftlichen Bedürfnisse ihres engeren Aufgabenkreises mit weit größerer Sorgfalt widmen können, als es jetzt unter den manchmal sonderbaren Direktiven einer Berliner Zentral-

leitung möglich sei. Es wäre sehr erfreulich, wenn die bayerische Regierung den Auftrag des bayerischen Landtages in diesem Sinne ergänzen und abändern könnte; denn nur dann sei es möglich, daß er für Bayern wirklich Nutzen bringe.

Das Ende der Komödie: Großbanken in Bayern doch nicht verstaatlicht!

Aus München liegt noch folgende Meldung vor: Die Abstimmung in der Mittwoch-Sitzung des Landtages in der Frage der Verstaatlichung der Großbanken war sowohl im Landtag selber wie in der Presse allgemein dahin verstanden worden, daß der ursprüngliche nationalsozialistische Antrag auf Verstaatlichung der Großbanken angenommen worden sei. In der Vollsitzung des bayerischen Landtages am Donnerstag erklärte nun aber Präsident Dr. Stang: Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen, stellte er nachträglich ausdrücklich fest, daß sich die gestrige Abstimmung über den nationalsozialistischen Antrag betreffs Verstaatlichung der Großbanken auf den Abänderungsantrag bezogen habe. In diesem Abänderungsantrag aber war die *Beaufsichtigung* der Großbanken verlangt. Im übrigen stimmt der Wortlaut des Antrages mit dem ursprünglichen nationalsozialistischen Antrag überein.

Anscheinend wußte keiner, was er tat und wofür er stimmte!

nung vom 4. Februar mit Auflösung von Versammlungen oder mit Zeitungsverböten bestraft werden kann, gelten nach den Ausführungsbestimmungen: die aktiven Staatsminister, soweit sie tatsächlich ein Ministerium verwalten; die Staatssekretäre in den Ministerien; die Oberpräsidenten; der Kammergerichtspräsident und die Oberlandesgerichtspräsidenten; die Regierungspräsidenten; die Polizeipräsidenten.

Protest des Zentrums.

Am 6. Februar hat auch das Zentrum gegen die Regelung der Regierungsverhältnisse in Preußen offiziell und energisch Protest eingelegt. In dieser Protestnote wird die Verordnung „zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen“ als verfassungswidrig erklärt; die Voraussetzungen für eine Anwendung des Artikels 48 Absatz 1 lägen nicht vor; der Vorwurf der Pflichtverletzung gegenüber dem Lande Preußen sei offensichtlich unhaltbar. Das Nichtzustandekommen einer Ministerpräsidentenwahl beruhe auf dem Verhalten des Reiches.

Schon vor Weihnachten waren Zentrum und Nationalsozialisten bereit, sich auf die Wahl eines Ministerpräsidenten zu einigen. Daß es damals nicht zur Wahl gekommen ist, lag daran, daß die maßgebende Stelle der Reichsregierung in unzuverlässiger Weise erklärt habe, sie werde selbst im Fall einer Ministerpräsidentenwahl durch eine Landtagsmehrheit die kommissarische Regierung nicht zurückziehen. Die Zentrumsregierung fährt fort: „Nachdem nun aber durch die seitherige Entwicklung der politischen Verhältnisse volle Klarheit darüber geschaffen ist, daß die gegenwärtige Reichsregierung die Bedenken gegen die damals für das Ministerpräsidium in Aussicht genommene Persönlichkeit nicht teilt, bestand kein Hindernis mehr, durch den bisherigen preußischen Landtag die Wahl des Ministerpräsidenten vorzunehmen und damit wieder verfassungsmäßige Zustände im Lande Preußen herzustellen.“

Das Zentrum protestiert ferner gegen die Auflösung des Landtages, die „von einem falsch zusammengesetzten Ausschuß, also von einem absolut unzuständigen Organ“ vorgenommen worden sei, daher „eine schwere Verfassungsverletzung“ darstelle und deshalb unwirksam sei.

Nationale Außenpolitik — unverhüllter Eigennutz.

Wenige Tage nach dem Amtsantritt Hitlers hat sich die „Berliner Börsen-Zeitung“, die in diesen Dingen gewiß zuständig ist, mit der Frage befaßt, welche außenpolitischen Folgen die „grundsätzlich neue Staatsführung“ auf außenpolitischem Gebiet mit sich bringen würde. Das Ergebnis entspricht dem Niveau dieses Blattes.

Nach der triumphierenden Feststellung, daß nun endlich auch

Paris mit Hitler als gleichberechtigt verhandeln „muß“ — einer Behauptung, die mit der Grammatik eben so im Streit liegt wie mit den Tatsachen —, ent-

wickelt der „BBZ“-Redakteur das nationale außenpolitische Programm: „Es steht zu hoffen, daß das jetzige Kabinett eine starke, von Illusionen freie,

nur auf deutsche Interessen aufgebaute Außenpolitik betreiben wird. . . . So ergibt sich der Weg der deutschen Außenpolitik zwangsläufig von selbst.

Unter völliger Aufgabe der utopischen Hoffnungen auf einen engeren deutsch-französischen Zusammenschluß müssen die guten Beziehungen zu Rußland gewahrt bleiben, die freundschaftlichen Beziehungen zu Italien weiterhin vertieft werden.

Geschieht dies, so wird sich unser Verhältnis zu England aus natürlichen Gründen so gestalten, wie es immer hätte sein müssen und vielleicht auch immer hätte sein können.

Dann aber sind wir aus der trostlosen Isolierung heraus, die zu überwinden der erste Schritt einer deutschen Freiheitspolitik sein muß.“

Wir halten fest:
Die Politik eines bloßen Interessentenhaufens, der mit Bolschewismus und Faschismus gleichermaßen Bündnisse abschließt, sofern für den eigenen Handel und die eigenen Machtgelüste dabei etwas zu holen ist.
Das sind die „Ideen“ der „BBZ“.

Die deutsche Reichsregierung erneuert den Beitritt zum Internationalen Gerichtshof.

Im Namen der Reichsregierung hat der Leiter der deutschen Abordnung beim Völkerbund, von Keller, eine Erklärung unterzeichnet, wodurch die Reichsregierung für weitere fünf Jahre dem ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag beitrifft. Durch diese Erklärung wird anerkannt, daß Streitigkeiten mit anderen Staaten, die ebenfalls dem Gerichtshof angehören, diesem zur friedlichen Schlichtung unterbreitet werden müssen, soweit mit den betreffenden Staaten keine anderen Abkommen über die friedliche Schlichtung von Streitigkeiten bestehen. Die Reichsregierung ist dem Internationalen Gerichtshof im Jahre 1927 beigetreten.

Löbe hat den Untersuchungsausschuß des Reichstags, dessen Vorsitzender er ist, auf Dienstag, den 14. Februar, einberufen. Die Tagesordnung ist dieselbe wie bei der vorigen, die durch den von Frank II provozierten Krach aufgelassen ist. Löbe hat den Präsidenten des Reichstags — Herrn Göring also! — zur Teilnahme an der Sitzung aufgefordert, damit dieser Zeuge etwaiger neuer Störungsversuche sei. — Glaubt Löbe im Ernst, daß ein Nazi den Krach hören wird, den sein Pg neben ihm entfacht?

Kälte in den USA. Eine Kältewelle, von den Weststaaten kommend, hat jetzt New York erreicht. Dort fiel die Temperatur von plus 17 am Mittwoch auf minus 11 Grad Celsius am Donnerstag. In den Bergen des Nordwestens minus 50 Grad. Viele Erfrorene.

„Das wahre Gesicht Afrikas“

nennt der Franzose Gourgaud seinen Film, der Menschen, Tiere und andere Naturschönheiten aus Afrika zeigt. Dieser Film unterscheidet sich nicht wesentlich — wie man aus dem Titel zu entnehmen glaubt — von anderen Afrika-Filmen.

Wir sehen Eingeborene mit ihrem Schmuck bei Tänzen, bei der Jagd und beim Kriegsspiel. Im Gegensatz zu den stolzen Massais, bei denen die Sitte herrscht, lebenden Tieren Blut abzunehmen und zu trinken, begnügen wir in der Nähe des Kilimandscharo einem verängstigten Zwergenvolk, das sich nur durch Salz vor die Kamera locken läßt und schüchtern die Fremdlinge ins Dorf hineinläßt. Flink wie Katzen können diese Menschen, die einen tierischen Gesichtsausdruck haben, Bäume erklimmen.

Herrlich anzusehen sind die Rudel der schlanken Antilopen, der Springböcke und der geschmeidigen Giraffen. Wie kraftvoll blickt der Löwe, der einer fetten Beute auf der Spur ist! An der Meeresküste sehen wir große Gruppen Pinguinen, die sich auf den Wellen schaukeln und von der Sonne bescheinen lassen.

Es ist schade, daß beinahe nach jeder schönen Tieraufnahme eines der Tiere getötet wird. Bei Beginn des Filmes wurde angekündigt, daß Gourgaud keinen Wert darauf legte, während der Expedition Tiere zu töten, obgleich er einer der besten Jäger Frankreichs ist.

Die Kugeln seiner Jagdflinte zerstören nicht nur das Leben der Tiere, sondern auch den Eindruck der afrikanischen Natur, der uns durch viele Bilder übermittelt wurde. Sie drücken den Stempel europäischer „Zivilisation“ auf die ursprüngliche Wildnis des inneren Afrikas. I.S.

ist es aktuell wie nur irgend etwas, das für den Frieden geschrieben worden ist: In der Verurteilung der Greuel des Krieges, in der Erkenntnis, daß nur die Menschen selber sich den Frieden erarbeiten können und von den Göttern nichts zu hoffen haben, in der Befreiung, daß die Arbeitenden die zur Erreichung des Friedens am besten Geeigneten sind, in dem Haß, der den Rüstungsfabrikanten entgegengebracht wird. Auch in der Kritik an der Demokratie.

In der Bearbeitung von Porché gipfelt das Stück in der Szene, wo alle sich bemühen, die Friedensgöttin, die in einen Brunnen gestürzt worden ist, mittels eines langen Seils herauszuziehen (die Intellektuellen erweisen sich hier als völlig unfähig zur Zusammenarbeit mit den Bauern und dürfen erst im letzten Augenblick mit anpacken), und in dem darauffolgenden Appell des Bauern Trygee (Charles Dullin) an das Publikum, alle an dem großen Werk der Rettung des Friedens mit anzupacken. Alle ans Seil!

In der Modernisierung von Porché ist manches schlecht, an manchen Stellen fehlt der Zusammenhang. Manches ist auch geschickt hinzugefügt (so das Gespräch der Bauern mit Hermes über die Ursachen der Kriege). Leider gibt es keinen gedruckten Text.

Der französische Versuch lehrt so viel, daß es lohnend sein könnte, das Spiel auch in Deutschland wieder aufzugreifen. Vorausgesetzt, daß es deutschen Schauspielern gelingt, bei dem heiteren, fröhlichen Charakter dieses Stückes den Ernst des Gegenstandes zum Ausdruck zu bringen (was den Franzosen so sehr liegt). Sonst, Hände weg von Aristophanes! Gerhard Kumbelen.

Zwei Pläne — mindestens einer zu viel!

„Daß man erst vor aller Öffentlichkeit redet, dann überlegt, und schließlich nicht zum Handeln kommt, — ein derartiger Zustand darf sich nicht wiederholen.“ So schrieb die „Berliner Börsen-Zeitung“ am 5. Februar und forderte: „Fortan muß es oberste Devise aller staatlichen Wirtschaftspolitik sein, daß erst gedacht, dann gehandelt und schließlich zur Erläuterung der ergriffenen Maßnahmen geredet wird.“

Diese oberste Devise ist von der neuen Regierung zum mindesten am Anfang durchbrochen worden. Von den zwei Plänen zur Rettung der deutschen Wirtschaft wurde offenbar zuerst geredet, und hinterher überlegen Hugenberg und Hitler, was darin stehen soll.

Warum überhaupt zwei Pläne?

Etwa weil einer, nämlich der zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, mehr von Hitler und der andere, nämlich der zur Bekämpfung der Not der Bauern (lies: Großagrarien!) mehr von Hugenberg stammt? Nach menschlichem Ermessen werden die beiden Pläne so aussehen, daß wir sie im Ganzen und in den meisten Einzelheiten ablehnen müssen. Aber selbst für ihre Freunde wird nach dem Auftauchen der Pläne aus den berühmten Schubladen die Frage auftauchen: „Für welchen Plan wollen wir sein?“ Denn wer weiß, ob durch den agrarischen Plan nicht die Arbeitslosigkeit gerade verschärft wird. Es kann ja gar nicht geleugnet werden, daß schon die Ankündigung der beiden Pläne verderbliche Unruhe gebracht und damit die Behebung der Arbeitslosigkeit weiter hinausgeschoben hat. Der Hugenbergsche Pressedienst beeilte sich zwar, zu versichern, es sei bekannt, daß Dr. Hugenberg die „ausgeglichene Förderung der Nationalwirtschaft“ erstrebe; „die Entscheidungen der Handelspolitik und der damit zusammenhängenden Auslandsverschuldung“ würden „im Sinne eines positiven nationalwirtschaftlichen Interessenausgleichs fallen“.

Diese Mitteilungen vom 1. Februar waren so dunkel, wie die Orakelsprüche der Pythia im griechischen Altertum; denn es blieb offen, auf welcher mittleren Linie nun die „ausgeglichene Förderung der Nationalwirtschaft“ erfolgen soll.

Allgemeine Unsicherheit war die Folge, insbesondere weil man sich vielfach sagte, das, worüber Hitler und Hugenberg einig seien, werde wohl zuerst geschehen. Die Schuldabwertungsforderungen deutschnationaler Großagrarien und die Forderung nach Brechung der Zinsknechtschaft von Seiten nationalsozialistischer Agitatoren erschienen verwandt. Beide betreffen eine besonders empfindliche Stelle der Wirtschaft: den Kapitalmarkt. So kam es, daß er besonders beunruhigt wurde.

Da Hugenberg selber in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des Berliner „Lokal-Anzeigers“ am 6. Februar die aufschlußreiche Mitteilung machte, er sei sich darüber klar, daß es eine Börse gäbe, wollen wir die erwähnte Unsicherheit an den Zuckungen dieses Barometers der Wirtschaft betrachten: Samstag, den 28. Januar, wurde in New York die Dawes-Anleihe mit 84½, die Young-Anleihe mit 60½ bewertet. Am folgenden Montag wurde die neue Regierung gebildet. Der Kurs sank bis zum Ende der ersten Woche ihrer Herrschaft und betrug am Samstag, dem 4. Februar, nur noch 75, beziehungsweise 53.

Noch deutlicher war die Bewegung des Kurses der Reichsbank-Aktien an der Berliner Börse. Sie notierten am 31. Januar 158½ und fielen stetig bis einschließlich Montag, den 6. Februar, wo sie glücklich auf 135½ angekommen waren. Wir verstehen, warum Hugenberg an diesem Tag so aufschlußreiche Bemerkungen über seine Börsenkenntnisse machte! Warum er gleichzeitig ausdrücklich von den Plänen „übereilter Experimente“ abrückte und diktatorisch verkündete:

„Ich bitte freundlichst davon abzugehen, daß alles falsch ist, was in diesen Tagen über wirtschaftspolitische Absichten geschrieben wird, wenn es nicht von mir kommt.“

Der „Völkische Beobachter“ wird also zum mindesten in wirtschaftspolitischen Dingen als Regierungsorgan im voraus dominiert!

Hugenberg hat sich inzwischen weiter ausgeschwiegen. Aber schon daß er in jener Unterredung „Zwangseingriffe in die bestehenden Zinsvereinbarungen, wie sie die Dezember-Verordnung des Kabinetts Brüning enthielt“, ablehnte und dafür von einer „organischen Senkung des übermäßig hohen Zinsfußes“ redete, hat offenbar viele beruhigt. Denn seitdem herrscht auf den deutschen Börsen wieder gute Stimmung, und deutsche Anleihen werden auf den Weltbörsen wieder höher notiert. Reichsbahnaktien standen am 9. Februar bereits wieder auf 149½; in New York notierten Dawes-Anleihe mit 79 und Young-Anleihe mit 57½.

Hugenbergs „Volkswirtschaftliche Correspondenz“ schrieb am 7. Februar unerschuldig-erstaunt:

„Das Zustandekommen einer nationalen Regierung übte ... seltsamerweise eine verheerende Wirkung am deutschen Rentenmarkt aus.“

Erstaunt sein kann man höchstens über dieses Erstaunen! Und darüber, daß sich nach Hugenbergs Äußerungen und dem darauf erfolgten Hinweis seiner „Volkswirtschaftlichen Correspondenz“: „Man darf bei Beurteilung der deutschen Auslandsschulden niemals aus den Augen verlieren, daß es sich hier im wesentlichen um zwangsweise privatisierte politische Schulden handelt“, — daß nach all diesen „wohlwollenden“ Pressenachrichten die deutschen Anleihen im Ausland nicht weiter im Kurs sanken! Die Behauptung, politische Schulden seien zwangsweise privatisiert worden — die offenbar eine Art moralische Begründung für ihre Herabsetzung oder für Zinskürzungen liefern soll, — ist ein völliger Unfug: Kein Mensch hat je einen deutschen Unternehmer dazu gezwungen, Auslandsanleihen aufzunehmen und gar mehr aufzunehmen, als er tilgen und verzinsen kann! In der „Volkswirtschaftlichen Correspondenz“ wird nun geradezu bemängelt, daß die Brüning'sche Zwangszinssenkung „vorsichtig an den Auslandsschulden vorübergegangen“ ist. Und es heißt in ihr eindeutig: „Durch Nachgiebig-

keit hat man das internationale Kapital immer mehr ermutigt, Forderungen zu stellen“ (nämlich die simple Forderung: eingegangene private Schuldverträge zu halten!). Sollen sie nun nicht gehalten werden? Sollen etwa im wahlenden Schatten einer allgemeinen Schuldherabsetzung oder Zinssenkung fällige und überfällige Einzelbankrotte verhindert werden?

Vermutlich nimmt man im Ausland vorläufig an, bei solchen Äußerungen aus Hugenbergs Reich handele es sich um Wahlvorbereitungen des deutschnationalen Parteiführers und nicht um Vorbereitung von wirtschaftspolitischen Aktionen des deutschen Wirtschaftsdiktators. Diese Deutung ist sicher weitgehend richtig! Die Hauptaktion der neuen Regierung besteht ja darin, daß sie Wahlen ausschreibt, wo immer möglich. Von wirtschaftspolitischer Aktivität merkt man dagegen kaum etwas.

Das ist an sich nur gut. Aber es darf uns nicht beruhigen! Denn: was kommt nach den Wahlen? Aber geschieht wenigstens bis dahin nichts zur Verschärfung der Krise? O doch! Denn leider laufen viele Maßnahmen stillschweigend weiter. So fast alle laufenden Subventionen und vor allem die Osthilfe.

Lediglich die Behandlung der Osthilfe-Skandale in parlamentarischen Ausschüssen ist verhindert worden. Der Skandal selber geht weiter!

Wird sich nicht am Ende der Plan zur Rettung der Bauern — natürlich erst nach den Wahlen! — als ein eben solcher Skandal erweisen?

Und der Plan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit? Vorläufig sind einige alte Beamte vom Staatssekretär abwärts arbeitslos geworden und dafür haben einige neue Männer Arbeit bekommen.

Für die Personalpolitik haben die neuen Herren also sicher Pläne, wahrscheinlich übrigens auch mehr als einen. Ueber ihre Wirtschaftspolitik aber kann man vorläufig nur sagen:

Worte über zwei Pläne — und kein Plan!

Rpt.

Erster Reichsbankausweis unter Hitler-Hugenberg.

(Angaben in Millionen Mark)

	Gold	Devisen	Reichswechsel	Lombardford.	Wechsel, Schecks	Notenmenge	Giroguthaben	Gesamt-Geldmenge
31. 1. 1932	948	145	33	158	3632	4407	394	6320
7. 2. 1932	928	147	22	129	3462	4276	333	6170
31. 12. 1932	806	114	1	176	2806	3560	540	5656
7. 1. 1933	805	151	11	72	2524	3374	339	5383
31. 1. 1933	822	101	44	93	2459	3998	845	5952
7. 2. 1933	822	98	18	79	2393	3242	816	5227

Seit Mitte Dezember meldeten die Reichsbankausweise entweder ein Gleichbleiben der Deckungsbestände der Reichsbank oder geringe Zugänge. Die erste Woche der Hitler-Hugenberg-Regierung bringt wieder eine Abnahme der Deckungsbestände, und zwar um 2,3 Millionen Mark.

Die Ausleihungen sind um 105 Millionen Mark zurückgegangen. In der ersten Februar-Woche sind damit bereits wieder 45 Prozent der Ende Januar zusätzlich in Anspruch genommenen Kredite zurückgezahlt worden.

Die gesamte Geldmenge beträgt nur noch 5227 Millionen Mark und hat damit den niedrigsten Stand seit 1926 erreicht.

SÜDAFRIKA

Gewinne der Goldminen vervielfacht: Die Kosten der Goldproduktion sind fast noch nicht gestiegen. Der Erlös, in afrikanischen Pfunden gerechnet, ist um rund 40 Prozent gestiegen. Infolgedessen haben sich die monatlichen Gewinne einiger wichtiger Goldproduzenten folgendermaßen erhöht (in afrikanischen Pfunden):

	Dezember 1932	Januar 1933
City Deep	6 400	40 700
East Rand	13 200	78 000
Brakpan	41 000	100 000
West Rand	25 000	71 000

TSCHECHOSLOWAKEI

Arbeitslosigkeit steigt rasch: Die Zahl der von den Vermittlungsämtern nicht untergebrachten Arbeitssuchenden stieg von 746 300 Ende Dezember auf 865 500 Ende Januar, also um nahezu 120 000. Die wirkliche Arbeitslosenzahl wird auf rund 1 Million geschätzt.

AUSTRALIEN

Arbeitslosigkeit nimmt ab: Nach Angaben des Australian Commonwealth Statisticians Department lag die Zahl der Beschäftigten Ende Dezember 1932 in der Industrie in Victoria um 11 Prozent über der von Ende 1930, in Neu-Südwalles um 7 Prozent, in Süd-Australien um 14 Prozent und in Queensland um 12 Prozent. — Die Trade Unions berichteten aus Melbourne und Sydney, daß die Zahl der Unterstützten seit einem Jahr um etwa 22 bis 24 Prozent zurückgegangen ist.

14 WIRTSCHAFTSWISSEN. BAUSTEINE ZUM

Gußeisen und Stahl.

Eisengießereien.

Das Roheisen, wie es aus dem Hochofen kommt, bildet den Ausgangspunkt für die zwei großen Zweige der Eisenindustrie. In Deutschland geht nicht ganz 20 Prozent des Hochofenroheisens an die Eisengießereien, der Rest von etwa 80 Prozent an die Stahlwerke.

In den Eisengießereien wird das Roheisen auf Grund chemischer Rechnung und Analyse mit gewissen Zuschlägen von Eisenschrott und Mineralien zum zweiten Mal eingeschmolzen, um ein Gußeisen bestimmter Qualität je nach dem Verwendungszweck zu erzeugen. Im Handel unterscheidet man heute je nach Güte und Zusammensetzung unter anderem: Bau-, Handels-, Fein-, Kunst-, Maschinen-, ferner säure- oder alkali-beständigen Guß. Viele dieser Klassen, insbesondere der Maschinenguß, gliedern sich unter Zugrundelegung besonderer Gütevorschriften abermals in eine Reihe von Unterklassen.

Die von den Gießereien zur Erzeugung des Gußeisens verwendeten sogenannten Kuppelöfen sind — wenn auch wesentlich kleiner — in ihrer Konstruktion dem Hochofen ähnlich. Auch sie arbeiten mit Gebläsewind und Koks; letzterer dient hier jedoch nur zur Erzeugung der Schmelzwärme, nicht zur Reduktion des Erzes. Das aus dem Kuppelofen abgestochene flüssige Gußeisen fließt in große an Laufkränen aufgehängte Gießpfannen, aus denen es direkt in die in der Gießhalle aufgebauten, dem fertigen Erzeugnis genau entsprechenden, Gießformen gegossen wird. Nach dem Erkalten werden die Gußstücke aus den Formen genommen, mit Sandstrahlgebläsen von den noch anhaftenden Formsandresten befreit. Sie wandern dann meist in die Metallbearbeitungswerkstatt, wo sie durch Bohren, Abdrehen, Fräsen, Schleifen u. s. w. genau auf die vorgeschriebene Form gebracht werden.

Stahlerzeugung.

Um vom Hochofenroheisen zu dem anderen Hauptprodukt der Eisenindustrie, zum Stahl, zu gelangen, müssen die im Roheisen enthaltenen, mehr oder weniger beträchtlichen Beimengungen anderer Elemente wie Silicium, Mangan, Phosphor, Schwefel u. s. w. entfernt werden; vor allem aber muß der hohe Kohlenstoffgehalt herabgemindert werden. Hierzu sind heute in der Hauptsache zwei unterschiedliche Verfahren im Gebrauch. Das sogenannte Windfrischen in der Bessemer-beziehungsweise Thomasbirne und das Herdfrischen im Siemens-Martin-Flammofen.

Das erstere Verfahren beruht darauf, daß durch das aus dem Hochofen kommende in die Bessemerbirne — einen schwenkbar aufgehängten, auch Konverter genannten Stahlbehälter mit feuerfestem Futter — eingefüllte flüssige Roheisen von unten her durch ein System von 100 bis 200 feinen Winddüsen Druckluft von etwa 2 Atmosphären hindurchgepreßt wird. Dabei verbindet sich der im Eisen enthaltene Kohlenstoff mit dem Sauerstoff der durchgeblasenen Luft zu Kohlenoxydgas; es brennt mit langer, blendend weißer Flamme unter donnerndem Getöse aus der oberen Öffnung der Birne heraus. Nach etwa 10 Minuten erlischt die Flamme, worauf der Prozeß nach kurzer Zeit beendet ist. Die in Deutschland vorwiegend gebrauchte Thomasbirne unterscheidet sich von der Bessemerbirne nur durch die basische Ausfütterung (Dolomit), die es gestattet, phosphorreiche Eisenerze zu verhütten, wobei als Nebenprodukt die als Düngemittel sehr gesuchte, im Handel befindliche sogenannte Thomasschlacke gewonnen wird.

Beim Siemens-Martin-Verfahren wird das Roheisen auf dem bis zu 80 Tonnen fassenden Herde eines geschlossenen Ofens einer außerordentlich heißen Gebläseflamme ausgesetzt, die mittels eines besonderen Gaserzeugers und einer Heißwindanlage erzeugt wird. Dabei findet dann ein ähnlicher, den Kohlenstoffgehalt des Eisens herabmindernder Verbrennungsprozeß statt wie in der Bessemerbirne. Das S-M-Verfahren dient insbesondere auch zur Wiederverarbeitung von Stahlschrott.

Sonderstähle.

Neben dem Thomas- und Siemens-Martin-Stahl finden in der Praxis noch verschiedene, durch abweichende Verfahren gewonnene Stähle, u. a. der Zement-, Gärb-, Tiegel- und Elektrostaahl Verwendung. Ausgangspunkt ihrer Erzeugung ist

teilweise nicht das Hochofenroheisen, sondern ein schmelzbares Eisen besonderer Zusammensetzung. Wenn auch an Umfang der Erzeugung weit zurückstehend, haben diese Stahlsorten teilweise wegen ihrer ganz besonderen Qualitätseigenschaften hervorragende Bedeutung erlangt. Insbesondere der von Friedrich Krupp 1811 zuerst fabrikmäßig hergestellte Tiegelfeststahl führte in seiner neuzeitlichen Vervollkommnung unter Zusatz kleiner Mengen anderer Metalle wie Wolfram, Chrom, Nickel, Molybdän, Vanadium u. s. w. zuerst zur Herstellung der hochwertigsten bisher erzielten Stahlqualitäten, der sogenannten Sonderstähle, die unter anderem in der Maschinenindustrie eine grundlegend wichtige Rolle spielen. Maschinenteile, die ganz bestimmter, sehr hoher, immer wiederkehrender Materialbeanspruchung ausgesetzt sind, wie Federn, Baggebolzen, Zahnräder, Zapfen, Kurbelwellen, Kolbenstangen, Kugellager, Ventile von Verbrennungsmotoren, Schneidwerkzeuge in der Metallbearbeitung u. s. w. werden heute mit größtem Erfolg und immer verbesserter Wirkung aus Sonderstählen spezieller Zusammenstellung hergestellt. Auch der auf den verschiedensten Gebieten wachsende Verwendung findende rostfreie Stahl (ein Chromstahl von mindestens 13 Prozent Chromgehalt) gehört in das Gebiet der Sonderstahlfabrikation.

Veredelung und Formgebung.

Der Stahl, wie er den Konverter oder den Siemens-Martin-Ofen verläßt, stellt noch kein marktfähiges Erzeugnis dar, sondern vielmehr ein Rohprodukt, das auf dem Hüttenwerk selber noch eine Reihe von mechanischen Verarbeitungsprozessen durchläuft. Diese Prozesse erfüllen in ihrer Gesamtheit die doppelte Aufgabe der Veredelung des Materials einerseits und der teilweisen oder endgültigen Formgebung andererseits. Die Veredelung besteht darin, daß etwaige Reste von im Innern des Materials eingeschlossener Schlacke oder von anderen schädlichen Beimengungen herausgepreßt werden und daß ferner das Korngefüge des Stahls in einer für seine Festigkeitseigenschaften vorteilhaften Weise verändert wird. Der aus dem Konverter oder Siemens-Martin-Ofen gewonnene flüssige Rohstahl wird in große eiserne Gefäße (Kokillen) gegossen, in denen man ihn bis zur Erstarrung abkühlen läßt. Dann werden die etwas konisch geformten Kokillen mittels Kränen abgestreift und der weißglühende Stahlblock ist für die weiteren Veredelungsprozesse fertig.

B. K.